

Zeitenwende – was jetzt zu tun ist

1. Nur mit einer umfassenden Strukturreform werden unsere Streitkräfte wieder „kriegstüchtig“. Weg von der Kontingent-Armee für Missionen wie in Afghanistan oder Mali, hin zur kollektiven Verteidigungsfähigkeit mit der ganzen Bundeswehr nach der Maxime „organize as you fight“! Das heißt: weniger Stäbe, mehr Truppe! Sechs „militärische Organisationsbereiche“ sind zu viel, drei oder vier klassische Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine, Cyber) genügen – wie vor der Scharping-Sparreform aus dem Jahr 2000. Keine Angst vor großen Veränderungen, der Umbau ist lange überfällig. Die Soldaten warten darauf.
2. Ehrlich machen beim Personal: Seit Jahren schiebt die Bundeswehr 20.000 Vakanzen vor sich her. Und für jede neue Aufgabe werden zusätzliche Dienstposten gefordert. Hohle Strukturen aber schrecken keinen Gegner ab. Stattdessen müssen jetzt Aufgaben und Struktur so zugeschnitten werden, dass erst einmal die vorhandenen 180.000 Soldatinnen und Soldaten ausreichen. Das bedeutet auch: Abschichten von Tätigkeiten in Verwaltung, Technik und Ausbildung aus dem Uniformträgerbereich hin zu zivilem Personal. Dafür sollten dann auch mehr Zeitsoldaten nach Ende ihrer Verpflichtungszeit als Zivilbeschäftigte übernommen werden. Das stärkt zusätzlich die Attraktivität der Bundeswehr.
3. Übergang zur Auswahlwehrpflicht: Um mittelfristig die Wehrpflicht wiederzubeleben, sind jetzt Entscheidungen zu treffen, die überhaupt erst die Erfassung und Musterung ganzer Jahrgänge möglich machen und vielleicht ab Ende der 20er Jahre wirksam werden. Dann könnte die Bundeswehr, statt jährlich 20.000 Rekruten mühsam auf dem freien Arbeitsmarkt gewinnen zu müssen, regelmässig zum Beispiel 40.000 junge Leute, die tauglich gemustert und auf Befragen freiwillig bereit sind, mindestens ein Jahr zu dienen, klassisch nach Eignung und Bedarf einziehen. Wenn die Rechnung aufgeht, kommt niemand gegen seinen oder ihren Willen. Falls aber die Rechnung nicht aufgeht, gilt selbstverständlich wieder die gesetzliche Pflicht. Die zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten (für deren künftige Unterbringung, Ausrüstung und Ausbildung schon jetzt Entscheidungen zu treffen wären) verstärken insbesondere den infanteristischen Teil der Truppe und erhöhen sprunghaft das Reservepotenzial. Dies ist übrigens nicht ein „schwedisches Modell“, sondern war der sozialdemokratische Alternativvorschlag zur Guttenbergschen Wehrpflichtaussetzung 2011.
4. Im Beschaffungswesen werden, trotz aller bereits spürbaren Verbesserungen, immer noch zu oft 50 Prozent des Aufwandes an Geld und Zeit auf die letzten zwei Prozent vermeintlicher Perfektion verschwendet. Das hemmt die Vollausrüstung der Bundeswehr. Worauf es heute besonders ankommt, sind größere Stückzahlen und Tempo. Und zusätzlich sind natürlich Investitionen in Cutting-Edge-Technologien erforderlich, etwa in den Bereichen KI, Drohnen, Cyber, Space, Laser. Forschung und Entwicklung dürfen nicht zum Stillstand kommen.
5. In einer strategischen Industrie-Initiative sollte sich die Bundesregierung um die Vergrößerung der wehrtechnischen Basis in Deutschland und Europa bemühen. Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt. Auch bei uns muss jetzt der Übergang von der Manufaktur-Produktion zur Fertigung in Großserien gelingen, nicht nur bei Artilleriemunition. Gerade entstehende Überkapazitäten in der Automobil- und Zulieferindustrie könnten Gegenstand einer entsprechenden „Rüstungskonversion“ sein.
6. Die Zeitenwende ist kein Spezialproblem der Bundeswehr. Deshalb müssen sich politische Prioritäten umfassend an der neuen Zeit orientieren. Das „Sondervermögen Bundeswehr“, begleitet vom Versprechen, dass sich sonst für niemanden etwas ändert, war insofern ein ambivalentes Signal. Zu Zeiten der Bundeskanzler Brandt, Schmidt und Kohl im Kalten Krieg wandte die Bundesrepublik Deutschland 3,5 bis 4 Prozent ihres BIP für die Verteidigung auf – ohne dass dabei das Land unsozial oder militaristisch geworden wäre. Das muss auch heute möglich sein. Zwei Prozent sind die Untergrenze.
7. Auf Deutschland kommt, falls die USA in Richtung eines neuen Isolationismus abdriften, möglicherweise international eine Rolle zu, die wir nicht angestrebt haben, die uns unangenehm ist und auf die wir nicht vorbereitet sind: Als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, zweitgrößte Nato-Nation und grösstes Land Europas könnten an uns Erwartungen gerichtet und Ansprüche gestellt werden (auch was Leadership für die Freiheit der Demokratien des Westens angeht), denen wir nicht ausweichen können, sondern denen wir dann gerecht werden sollten – mit Demut, Selbstbewusstsein und Stärke.